

JÜRGEN LEWERENZ
April 2017

MEMORANDUM
für

KÜNFTIGE PARTNER

der

STIFTUNG LIVLÄNDISCHE GEMEINNÜTZIGE
(Foundation Livonian Common Weal)

mit dem Ziel einer

GRENZÜBERSCHREITENDEN ZUSAMMENARBEIT

(von Estland, über Lettland, Litauen, Polen und den deutschen Grenzregionen im Osten)

für die

STÄRKUNG DER BÜRGERLICHEN VEREINIGUNGEN (SCHWERPUNKT MITTELSTAND)
AN DER ÖSTLICHEN OSTSEE
(in der EU und jenseits ihrer östlichen Grenzen)

Postadresse Dr. Jürgen Lewerenz: Otto-Nagel-Str. 7, D-14467 Potsdam. Festnetz-Tel.: (+49)
(0)331.58876012. E-mail-Adressen: lewerenz.juergen@freenet.de;
juergen_lewerenz@hotmail.com. Web-Adressen: www.livlaendische-gemeinnuetzige.org;
www.livonian-common-weal.org

INHALT

1. Einführung

Seiten 3 - 5

2. Herausforderungen für die Nationen an der östlichen Ostsee: Pflege des Verbindenden – Überwindung von Ausgrenzungen und Spätfolgen der Weltkriege

- Gemeinsamkeiten und Eigenheiten der Ostseevölker
- Starkes Bürgertum als Friedensgarant – Subsidiarität militärischer Verteidigung
 - Verbundenheit der Ostseeländer durch die Wechselfälle der Geschichte
 - Schaden durch Abhängigkeit von Subventionen
 - Estland und Lettland – Brüder auf Abstand
 - Litauen
 - Polen
- Deutsche Bundesländer im Osten als Brücke zu Polen, den baltischen Ländern und an diese angrenzende Länder jenseits der EU-Grenzen

Seiten 5 - 19

3. Überkommene bürgerliche Verhaltensweisen und Traditionen der Erzeugung hoher Qualität im Handel, beim Bereitstellen von Gütern und Dienstleistungen, sowie bei den Leistungen der Assoziationen der Zivilgesellschaft

Seiten 19 - 22

4. Angestrebte Arbeitsweise der Partner der „Stiftung Livländische Gemeinnützig“

- Kooperation mit akademischen Einrichtungen
- Problematische Solidarität „natürlicher“ Partner
- Wiederentdeckung des vor allem durch die Ereignisse des 20. Jahrhunderts mehrfach gebrochenen historischen Erbes der Wirtschaftskultur in den Ostseeländern und seine Nutzung für die Gestaltung der Zukunft

Seiten 22 – 25

5. Verbindung der „Stiftung Livländische Gemeinnützig“ mit einer oder mehreren akademischen Institutionen, Archiven, Bibliotheken oder Museen

- Präferenz
- Einbringen des Stiftungsvermögens
 - Referenzen

Seiten 25 – 26

6. Berufsbild des Verfassers

Seiten 26 - 27

1. Einführung

Das Kernanliegen des Memorandums ist, die Zivilgesellschaften in allen Anrainerländern an der östlichen Ostsee, vor allem aber die der baltischen EU-Länder, durch nationale Grenzen überschreitende Zusammenarbeit ihrer Leistungsträger auszubauen und zu stärken.

Für das angestrebte Ziel werden insbesondere die mittelständischen Kleinunternehmen in Gewerbe und Landwirtschaft, sowie ihr persönliches Umfeld, mit anderen Worten, das Herzstück der Sozialgefüge im östlichen Ostseeraum, ins Zentrum gerückt.

In der Vergangenheit gewachsene und in früheren Krisen erprobte Lösungen und die Zusammenarbeit mit geeigneten Partnern sollen helfen, ein brennendes Problem von europäischer Dimension zu entschärfen und zugleich der Weg für den Ausbau von Kohäsion zwischen den Ländern der „alten“ und der „neuen“ EU geebnet werden.

Der Autor geht davon aus, dass jedes einzelne der im Fokus stehenden Ostseeländer Litauen, Lettland und Estland zu schwach ist, um allein auf sich gestellt etwas in diesem Sinne voran zu bringen.

Die baltischen Länder schotten sich bislang eher gegeneinander ab, anstatt gemeinsam zu handeln. Deshalb wird grenzüberschreitendes Wirken betont.

Die Erkenntnis, dass Allianzen mit der Bürgerschaft in anderen EU-Ländern, insbesondere mit den Nachbarländern, eher ein Garant für die Eigenständigkeit sind als eine Bedrohung, muss noch reifen.

Ebenso wichtig ist zudem solidarische, partnerschaftliche (west-) europäische Kooperation.

Die Bereitschaft zu bürgerlichem Zusammenwirken zur Existenzsicherung und zur Mitgestaltung des gesellschaftlichen Gefüges durch schlagkräftige Selbsthilfe-Einrichtungen gingen in diesen Ländern infolge des Zweiten Weltkrieges unter und damit wurden auch die früher engen Verbindungen zu ähnlich orientierten europäischen Partnern unterbrochen.

Es gibt so gut wie keine Erinnerung mehr an das, was vor dem Krieg in diesem Zusammenhang vorhanden war und was – so die Meinung des Verfassers - diese Kleinstaaten letztendlich vor dem Untergang schon in den Krisen der 20er und den frühen 30er Jahre des letzten Jahrhunderts bewahrte.

Seit der Wende im Osten herrscht dort die von sozialer Verantwortung befreite und ohne Beschränkung durch gesellschaftliche Strukturen handelnde individualistische, besser gesagt, zügellose Marktwirtschaft.

Das Erbe einer früheren Kultur kooperativer wirtschaftlicher und kommunaler Selbsthilfe ruht ungenutzt in durchaus reich bestückten Archiven.

Die baltischen Länder haben sich daran gewöhnt, Kostgänger der EU zu sein. Ihre Zuschüsse unterdrücken viel zu oft uneigennützig Initiativen zur Förderung von deren wirtschaftlicher Emanzipation durch gemeinschaftliches Handeln mit Hilfe von

Einrichtungen der autonomen bürgerlichen Selbsthilfe.

Konvergenz in der EU bleiben so immer noch unerreichbar, obgleich Wissen auf diesem Feld überall in Europa, die baltischen Länder durchaus eingeschlossen, verfügbar ist und Partnerschaften mit geeigneten Wiederaufbauhelfern möglich wären.

Der Ausweg aus der Isolation und die Hinwendung zum dringend erforderlichen Aufbau der jetzt zeitgemäßen intermediären Strukturen auf der Grundlage historischer regionaler bzw. lokaler Erfahrungen, dies alles im eigenen Interesse und letztendlich zum Wohle aller EU-Bürger.

Besonders sinnvoll erscheint in diesem Zusammenhang die Einbindung der kleinen baltischen Länder in eine dauerhafte Vernetzung mit den größeren Ländern an der östlichen Ostsee, nämlich Polen, den deutschen Grenzregionen zu Polen und evtl. auch Finnland und – auf längere Sicht – vielleicht sogar Russland.

In diesem Kontext verdienen auch die Auswirkungen der (in der Sowjetzeit allgegenwärtigen, immer noch anzutreffenden (allerdings zurückgehenden) Selbstversorgung auf Kleinunternehmen, Familienverbände und das gesellschaftliche Gefüge der Untersuchung.

Polen und Deutschland und Finnland wären in dem angesprochenen grenzüberschreitenden Verbund nicht nur Gebende, sondern würden zugleich sinnvolle, Fehlentwicklungen korrigierende Rückkopplungen erfahren.

Nicht zuletzt in Deutschland gibt es im Bereich der assoziativen Wirtschaft viele der Bereinigung harrende Defizite aus der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeit.

Dazu gehört das Aufarbeiten des zerstörerischen Wirkens Deutschlands, vor allem des bis heute vor allem im europäischen Osten verheerend fortwirkenden Wahns der Rassen- und Völkervernichtung.

Zwischen Staat und der zuoberst Gewinnmaximierung anstrebenden Wirtschaft klafft immer noch eine Lücke, nämlich die der assoziativen Bürger-Selbsthilfe, dem für das gesellschaftliche Wohlergehen unerlässlichen Bindeglied zwischen öffentlicher Gewalt und kapitalistischem Handeln.

Die Beseitigung dieses Defizits stärkt die Volkswirtschaft und damit die Gesellschaft. Dies ist in Westeuropa eine Binsenweisheit; im Osten wird dies aber ganz selten beherzigt.

Eine Gesellschaft mit gelebter, sozial gebundener Wirtschaftsdemokratie, deren Bürger beruflich gut ausgebildet sind und die hohe Qualität erzeugt, sichert ihre Stabilität und ist damit am ehesten nachhaltiger Schutz gegen äußere Bedrohungen. Militärische Maßnahmen schützen allenfalls komplementär und nur innerlich gefestigte Gemeinwesen.

Eine derartige Neuorientierung würde von den Nachbarn jenseits der EU-Grenzen nicht als Aggression wahrgenommen. Im Gegenteil, sie würde Aufmerksamkeit erwecken und könnte so, auf mittlere Sicht, auch dort einem Wandel den Weg bereiten.

Initiativen der hier angeregten Art müssen allerdings erfolglos bleiben, wenn sie auf isolierte Aktionen kleiner Basisgruppen wohlmeinender Bürger beschränkt bleiben.

Akademische Einrichtungen aus jedem der angesprochenen Länder müssen sich der Sache annehmen und mit fundierten Argumenten auf Regierungen, Volksvertretungen und auf diesem Wege auf die Volkswirtschaften und die nationalen Gesellschaften einwirken.

Die Länder an der östlichen Ostsee brauchen dabei nicht bei Null anzufangen. Sie können auf das reiche Erbe (= die archivierten Dokumentationen) ihrer Vorkriegs-Kultur zurückgreifen.

Was etwa Lettland und Estland angeht, bietet sich insbesondere die Hinterlassenschaft der „Livländischen Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät“ an, einer akademischen Einrichtung, die in der Zeit der Aufklärung (1792) entstand und die bis zu ihrem Ende zum Zweiten Weltkrieg sehr fruchtbar war.

Der Verfasser dieser Aufzeichnung hat im eigenen Namen und in dem der von ihm (2011) errichteten „Stiftung Livländische Gemeinnützige“ (sie erinnert mit ihrer Namensgebung an das Wirken der Sozietät) umfangreiche Vorarbeit für das Vorgeschlagene geleistet, was unter der Web-Adresse www.livlaendische-gemeinnuetzige.org dokumentiert ist.

Er ist zudem bereit, nicht nur das von ihm Geleistete und die dabei gewonnenen Verbindungen, sondern die Stiftung selbst und ihr Vermögen in eine Kooperation im dargelegten Sinne einzubringen (= Sukzession).

2. Herausforderungen für die Nationen an der östlichen Ostsee: Pflege des Verbindenden – Überwindung von Ausgrenzungen und Spätfolgen der Weltkriege

- Gemeinsamkeiten und Eigenheiten der Ostseevölker

Eine Gesamtschau begegnet wegen der vielen Nuancen Schwierigkeiten, denn die Gesamtbreite der Unterschiede in und zwischen den europäischen Regionen und in ihnen findet sich hier auf kleinem Raum. Dennoch soll dies unternommen werden.

Jede der kleinen Sub-Regionen bemüht sich heute um Darstellung ihrer Einzigartigkeit und betont das sie – angeblich – grundlegend von den Nachbarn Unterscheidende.

Heute sind die Gräben zwischen den Ländern am östlichen Rand der Ostsee tief. Sie existieren, trotz EU-Zugehörigkeit, parallel nebeneinander und bemühen sich kaum um Zusammenwirken.

Jeder in diesen Kleinstaaten fürchtet sich vor einem Eingreifen Russlands, etwa durch destabilisierende Aktionen unzufriedener Landeseinwohner russischer Abstammung.

Doch auf die Idee, gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten, kommt niemand. Stattdessen fordert jedes Land – aber nur für sich – Bündnishilfe.

Blickt man in die ältere und neuere Geschichte, so zeigt sich, dass es zwischen den hier im Blickpunkt stehenden Kleinstaaten Estland, Lettland und Litauen (zusammenfassend, wenn auch nicht ganz korrekt als „Baltikum“ bezeichnet) immer vielfältige Beziehungen, Verflechtungen, Einflussnahmen gab, abgesehen von den vielen Verbindungen nach Osten

und Westen..

Vor allem im ehemaligen Livland (sowie in den mit diesem Staat eng verbundenen Regionen Alt-Estland, Wiek und Ösel, sowie Kurland - diese gingen nach dem Ersten Weltkrieg im heutigen Estland bzw. in Lettland auf) verstand man sich mit der deutschen Kultur eng verbunden, was aber nicht hieß, dass deutsche Oberherrschaft angestrebt wurde..

Die heutige Furcht vor Russland steht in krasssem Gegensatz zu den früher engen Verbindungen mit diesem Land.

Vor allem die städtischen Bürger profitierten einst von den guten Beziehungen, nach Westen, und, vielleicht noch mehr, von denen nach Osten und untereinander, damals eingeschlossen die unter den Nationalsozialisten ausgerotteten Bürger jüdischen Glaubens, Alteingesessene ebenso wie aus dem sie diskriminierenden russischen Kernland, vor und nach der Oktoberrevolution, Zugewanderte.

Die bis zum Ende des Ersten Weltkrieges auf dem Lande alles beherrschenden Adeligen wurden am Ende des Nordischen Krieges (1710) russische Nobilität deutscher Sprache und damit Teil der russischen Herrschaft über die „Baltischen Provinzen“ des Reiches und auch seiner Regionen weiter östlich.

Bürgerliche Assoziationen des Mittelstandes entstanden im Gleichschritt mit der Modernisierung Russlands überall im Reich, in Formen, die noch heute in Deutschland allgegenwärtig sind.

Die dort entstandenen Strukturen waren, bei aller Ähnlichkeit, keineswegs Kopien deutscher Errungenschaften; sie entwickelten sich gleichzeitig und gleichermaßen hier wie dort, allerdings stets durch enge Kommunikation mit Ost- und West-Europa.

Die Bürgerschaft in den baltischen Provinzen des Reiches hatte an dieser Entwicklung wesentlichen Anteil, nicht zuletzt wegen ihrer Weltoffenheit und der darauf beruhenden Brückenfunktion.

Rückschauend kann man sagen, dass das moderne – eingeschlossen das heutige – Russland ohne diese Verbindungen kaum denkbar wäre.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts gewannen volkstümlich-nationalistische Bestrebungen an Einfluss, bei denen studentischen Verbindungen (Stichwort: Burschenschaften) eine gewichtige Rolle spielten.

Nicht zuletzt „völkische“ Kreise nutzten Russlands Schwäche am Ende des Ersten Weltkrieges, um muttersprachliche-Volksgemeinschaften, ihre jeweilige „affektiven“ Heimat, aus dem russischen Staatsverband zu lösen und Bevölkerungsteile anderer Sprache auszugrenzen.

Mit Hilfe des unter der Ägide der Siegermächte stehenden Völkerbundes etablierten sie neue Nationalstaaten. Die Regionen der estnisch, lettisch bzw. litauisch Sprechenden wurden gegeneinander abgegrenzt. Die Regionalidiome wurden zu offiziellen Sprachen.

Die neuen Staatsgebiete deckten sich weitgehend mit denjenigen Regionen, in denen diese

Sprachen vorherrschten.

Anderssprachigen Minoritäten wurde Kulturautonomie zugestanden, was Deutsche, Schweden und Juden in Anspruch nahmen, kaum aber die Russisch sprechenden Gruppierungen.

Die Siegermächte unterstützten die Staatsgründungen nicht so sehr, weil sie sich mit den nationalen Emanzipationsbewegungen identifizierten. Sie wollten vielmehr Puffer zwischen den beiden großen Regionalmächten Deutschland und Russland installieren.

Die Pufferstaaten sollten, jeder für sich, wenn auch in bescheidenem Rahmen, autark leben können.

Attacken von einem der Großen sollte entgegengewirkt werden, weil das nur über einen Zugriff auf die drei Länder zugleich möglich gewesen wäre.

Dem Puffer-Ansatz kamen die baltischen Länder mit ihren spezifischen Nationalismen entgegen, weil die Ausgrenzung des jeweiligen Nachbarn regionale Allianzen und damit gemeinschaftliches Positionieren gegenüber den beiden großen Regionalmächten verhinderte.

Dass die Strategie schon bald ins Leere lief, hat die Geschichte gezeigt.

Unter den Gewaltregimen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts, von Deutschland bzw. von Russland, wurden die kleinen baltischen Länder wieder zu einer Einheit, allerdings einer unerwünschten.

Das deutsche Regime versuchte, im Baltikum ebenso wie anderswo im Osten, alles Eroberte seinen Zielen unterzuordnen und es für sein Imperium auszubeuten.

Die ansässige Bevölkerung sollte, soweit sie nicht als rassistisch unwert und zu vernichtend oder als feindlich und damit zu unterdrückend kategorisiert wurde, auf machtlose Hilfsfunktionen für die Ausdehnung der Macht über die eroberten Ostgebiete beschränkt.

Die Sowjets ihrerseits beabsichtigten, anstelle der baltischen Nationalismen ein internationalistisch-kollektivistisches Bewusstsein zu implantieren. Das Kunstgebilde Sowjetunion sollte die neue „abstrakte“ Heimat werden.

Die Repressionen nährten, allerdings bis zum Ende der Sowjetunion nur im Untergrund wirkende, nationalistische Bestrebungen und damit den Wunsch zur Rückkehr zu dem am Ende des Ersten Weltkrieges Geschaffenen.

Ausgrenzender Nationalismus stand also auch bei der Reaktivierung der baltischen Staaten am Ende des 20. Jahrhunderts Pate und damit auch dessen Wesenselement, Trennendes auf den Schild zu heben und Verbindendes eher zu negieren.

Vor dem Eintritt dieser Länder in die EU wurden – buchstäblich – Zäune zwischen den Ländern gezogen und erst auf Druck der EU wieder abgebaut.

(Ein überzeugendes Demonstrationsbeispiel: Die Grenze zwischen Estland und Lettland verläuft durch die Stadt Walck (deutsch) – Valga (estnisch) – Valka (lettisch). Nach der politischen Wende und bis zur EU-

Mitgliedschaft beider Länder wurde quer durch die Stadt ein Grenzzaun errichtet.)

Jedes dieser drei Länder wächst, allerdings wiederum parallel und keineswegs in nachbarschaftlichem Gleichschritt, mit der Union zusammen, was, das Gesamtwerk EU betreffend, höchst fragwürdig ist.

Das heutige Deutschland darf angesichts dieser unbefriedigenden Entwicklung nicht abseits stehen, denn es gehört, an vorderer Stelle, zu den Mitverantwortlichen.

Schon im Ersten Weltkrieg versuchte Deutschland, die Länder an der östlichen Ostsee dauerhaft für sich zu erobern, was zwar misslang, jedoch zugleich die Grundlage für das Auseinanderfallen der zuvor untereinander eng verbundenen, vom deutsch-baltischen Landadel stark geprägten Länder Livland, Kurland und Alt-Estland in die national definierten Nachfolgestaaten Estland, Lettland.

Litauen, das sich damals aus dem russisch beherrschten polnisch-litauischen Verbund löste, stand nicht unter dem Einfluss baltischer Adliger, sondern unter unter der polnisch-litauischer Edelleute.

Noch angesichts der deutschen Niederlage wurde – unter Führung der von der kurz vor dem Ende der deutschen kaiserlichen Regierung versucht, mit Hilfe deutscher Wirtschaftsverbände und deutsch orientierter regionaler Persönlichkeiten und Einrichtungen der Versuch unternommen, diese, Litauen eingeschlossen, „wirtschaftlich“ dem Deutschen Reich anzugliedern.

Siehe hierzu: www.livlaendische-gemeinnuetzige.org, Kapitel „Baltikum und Deutschland“. Das – vermutete – Fortwirken dieses „Projektes“ in der nationalsozialistischen Ära wird an dieser Stelle ebenfalls angesprochen

Das nationalsozialistische Deutsche Reich riss diese Region in den Zweiten Weltkrieg hinein, mit seinen rassistischen, vor allem auf die Ausmerzungen der jüdischen Bevölkerung abzielenden, andere rassistischen Ausgrenzungen und Vernichtungsaktionen bewirkenden, sowie Landraub anstrebenden Perversionen.

Die Tatsache, dass die deutschen Kriegsherren willige Mithelfer in den betroffenen Ländern im Osten rekrutieren konnten, mindert die deutsche Hauptverantwortung keinesfalls, von Schuld ganz zu schweigen..

Entsprechendes gilt für den Umstand, dass deutsch-baltischen Besitzenden estnischer bzw. lettischer Staatsangehörigkeit, die sich aufgrund einer Nebenabrede zum Hitler-Stalin-Pakt von 1939 bereit erklärt hatten, ihre Grundvermögen im Baltikum in die sog. Umsiedlungs-Treuhand mit dem Ziel einzubringen, diese *en bloc* der Sowjetunion zu übertragen, dafür zu Lasten des unterworfenen Polen (aus den Beschlagnahmen der „Haupttreuhandstelle Ost“ im sog. Warthegau) entschädigt zu werden, was in vielen Fällen unter der Bedingung des „Endsieges“ auch vollzogen wurde.

Auch wenn man Letztere u.U. als regimetreue Hehler an Beutegut einstufen könnte, ändert das nichts an der – bis heute zumindest moralisch fortdauernden - Verantwortung des Reiches und damit seines Rechtsnachfolgers.

Der Verfasser besitzt den „Rechenschaftsbericht der Haupttreuhandstelle Ost über ihre Tätigkeit in den Jahren 1939-1942“, in dem die im Vorabsatz angesprochenen Umstände detailliert niedergelegt sind.

Die Frage wird in den Raum gestellt, ob es nicht angesichts der dargestellten, immer noch nicht ausgestandenen Hauptverantwortung Deutschlands eher angebracht wäre, wenigstens an der Reparatur der unter deutscher Ägide angerichteten horrenden Schäden mitzuarbeiten, anstatt auf Vergessen zu setzen oder skeptisch bzw. gar verächtlich ablehnend zu reagieren.

- Starkes Bürgertum als Friedensgarant – Subsidiarität militärischer Verteidigung

Die Ost-West-Spannungen sind an der östlichen Ostsee allgegenwärtig. Gleiches gilt für die Furcht, dass die dortigen Länder im Falle einer Aggression von Osten her ihrem Schicksal überlassen bleiben könnten.

Deshalb rufen sie laut und wiederholt nach militärischer Aufrüstung und Präsenz von Bündnistruppen, bleiben aber zugleich skeptisch, was den Ernstfall angeht.

Ein Rückblick in die Zwischenkriegsgeschichte zeigt, dass die Gefahr des Abgleitens in die Sowjetherrschaft schon in der Krise am Anfang der 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts eher größer war als heutzutage.

Westliche Gegenwehr wäre damals nicht zu befürchten gewesen, wenn die Sowjetunion zugegriffen hätte, denn Westeuropa und Amerika waren mit den Problemen der großen Depression überlastet und hatten keinen Spielraum für Unterstützung bedrängter Balten.

Dass die kleinen baltischen Länder damals fortbestehen konnten, erklärt sich am ehesten aus der Tatsache, dass sie, allen Problemen zum Trotz, das wirtschaftliche und soziale Gefüge pflegten, das in der Spätzeit der Zarenherrschaft bei ihnen entstanden war.

Eine Analyse der Zeit der politischen Wende im Osten wiederum fördert zutage, dass bei den EU-Institutionen und den „alten“ EU-Mitgliedern die Illusion herrschte, nach der Befreiung von der Sowjetherrschaft würden Verhaltensweisen und Strukturen selbsttätig wiedererstehen, die bis zum Zweiten Weltkrieg existierten.

Man verkannte im Osten und im Westen, damals, ebenso wie leider noch heute, die Tiefe der Zerstörung und war blind für das Erfordernis, in West-Ost-Solidarität den Wiederaufbau des im Krieg Verlorenen, nicht zuletzt der bürgerlichen Selbsthilfe, Schritt für Schritt, aber entschieden voran zu treiben.

Stattdessen wurde eine neue Illusion, genannt Neo-Liberalismus, auf den Schild gehoben und diesen Ländern als Verheißung für ein gutes Leben in der Marktwirtschaft anempfohlen.

Die Irrtümer aus der Wendezeit und die darauf beruhenden Fehlentwicklungen müssen spätestens jetzt und unverzüglich korrigiert werden.

Eine Gesellschaft mit gelebter sozialer Wirtschaftsdemokratie, deren Bürger beruflich gut ausgebildet sind und die hohe Qualität erzeugt, sichert innere Stabilität und ist damit am ehesten nachhaltiger Schutz gegen äußere Bedrohung. Militärische Vorkehrungen schützen allenfalls komplementär und auch nur, wenn sie in eine gesunde Gesellschaft, wozu Wirtschaftsdemokratie gehört, eingebunden sind.

Wird das Gebotene versäumt, dürfte – eher früher, als später – das Eintreten, was fast bis zur Ende des dritten Jahrzehnts des vorigen Jahrhunderts durch das allgegenwärtige Zusammenstehen der Bürgergruppierungen verhindert werden konnte.

Der Verfasser möchte vermeiden, dass man sich eines Tages an ihn dann nur als den erinnert, der rechtzeitig warnte, dessen Ruf aber ungehört verhallte, weil man die Traditionen für verstaubt und unzeitgemäß hielt.

Unterstellt, es finden sich Institutionen und Personen in ihnen, die überzeugt werden können, bleibt immer noch die Herausforderung, gemeinschaftliches, grenzüberschreitendes Handeln der Ostsee-Anrainer in die Wege zu leiten.

Akzeptanz und Umsetzung der hier formulierten Vorschläge vorausgesetzt, würde sich bald zeigen, dass dies von den Antagonisten, allen voran dem heutigen Russland, nicht als Aggression verstanden wird.

Es würde sich wohl erweisen, dass weiter östlich dieser Ansatz zwar offiziell belächelt, aber dennoch aufmerksam verfolgt werden wird.

Ganz allmählich, aber mit Sicherheit, wird das Praktizierte Nachahmungen in Russland und bei seinen heutigen Satelliten inspirieren.

Damit erhielte auch das wieder im Osten, jenseits der EU-Grenze, eine Chance, was die Sowjetmacht auslöschen wollte, da es der von ihr angestrebten neuen Gesellschaft entgegenstand.

Auf jeden Fall aber ist das hier Angeregte ein sicherer Weg und eher Erfolg versprechend, als eine Spirale der Gewalt, die immer in einer Katastrophe endet und Hoffnung auf Frieden zunichte macht.

- Verbundenheit der Ostseeländer durch die Wechselfälle der Geschichte

Die Mitglieder der nationalen Gesellschaften am östlichen Rand der Ostsee waren allesamt den Gewaltregimen der großen Nachbarn ausgesetzt, bald als Duldende oder als Opfer, nicht wenige aber auch als Profiteure oder Mittäter..

Bis zu den Gewalttaten der großen Reiche im Westen und im Osten waren die sich an die Herausforderungen der Zeit anpassenden und stärker werdenden Einrichtungen der bürgerlichen wirtschaftlichen Selbsthilfe in den Ländern an der östlichen Ostsee lebendig und sehr leistungsfähig.

Diese Aufzeichnung wendet sich in diesem Zusammenhang insbesondere den genossenschaftlichen Finanzinstitutionen zu – Banken, Versicherungen, Einrichtungen mit besonderen Aufgaben - und den kommunalen Finanzinstitutionen – sprich „Sparkassen“. (Die beiden Systeme werden hier häufig stellvertretend für “wirtschaftlichen Selbsthilfe” verwendet.)

Ein Vergleich zwischen dem „Dritten Reich“ und den baltischen Ländern zeigt, dass es in Letzteren immer noch eine breit gefächerte Vielfalt von städtischen und ländlichen Finanzinstitutionen des Mittelstandes gab, als diese in Deutschland schon Bestandteile des nationalsozialistischen Systems geworden waren.

In Russland waren die in der späten Zarenzeit entstandenen Einrichtungen der wirtschaftlichen Selbsthilfe bereits zwei Dekaden zuvor völlig verschwunden.

In Deutschland geschah die Integration in das nationalsozialistische Regime allzu oft freiwillig, getragen von kooperationswilligen Personen und Körperschaften der

Bürgerschaft.

Hierzulande überlebten die Einrichtungen der wirtschaftlichen Selbsthilfe des Bürgertums das Ende der Nazizeit und konnten so, zumindest in Westdeutschland, zu tragenden Säulen des Wiederaufbaus werden (Paradoxon: Kontinuität durch Kollaboration mit den Feinden der Bürgertugenden).

In den unter die Sowjetherrschaft gekommenen Regionen Deutschlands wurde das eingeführt, was in der Sowjetunion schon nach dem Ersten Weltkrieg Wirklichkeit geworden war.

Im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands wurde das westdeutsche System in den neuen Bundesländern einfach adoptiert, man könnte auch sagen: aufgepfropft. Effektive Partizipation der Basis bei diesem Wiederaufbau gab es jedenfalls nicht.

In Russland und in den GUS-Ländern operierten nach der Wende die ehemals sozialistischen, oft auf Gründungen aus vor-sowjetischer Zeit zurückgehenden Finanzinstitute fortan als allgemeine, rein gewinnorientierte Unternehmungen, teils nur vorübergehend, teils aber auch bis heute erfolgreich.

In den baltischen Ländern versuchten sich finanzwirtschaftliche Nachfolger des Sozialismus anfangs ebenfalls in der Konkurrenzwirtschaft, schlugen aber recht rasch fehl.

Niemand, außer dem (häufig entweder als Störer auf dem anempfohlenen neoliberalen Weg oder einfach als antiquierter Spinner empfundenen) Verfasser dieser Aufzeichnung, empfahl den Wiederaufbau der volksnahen Selbsthilfewirtschaft, in Anknüpfung an die Vorkriegstraditionen und an die jenen sehr ähnlichen, heute noch erfolgreich praktizierten westeuropäischen Strukturen.

Die in der ersten Zeit nach der Wende zahlreich vorhandenen ausländischen Berater für die Reformvorhaben verhielten sich meist nicht anders als die Einheimischen.

Ein weiterer, die Rückkehr zu dem Erprobten aus der Vorkriegszeit erschwerender Faktor verdient in diesem Zusammenhang der Erwähnung:

Nach der Öffnung des Ostens etikettierten ehemalige Führungskräfte ländliche Staatskollektive verschiedenster Art als nunmehr freie, marktwirtschaftlich operierende „Genossenschaften“ um und warben um weiteres Vertrauen, vor allem aber um das Angesparte (Anteile an den Ex-Kollektiven und Spareinlagen) der ehemaligen Kolchosen-Mitglieder an sich zu ziehen. Sobald genügend Geld in der Kasse war, eigneten sie sich dies und andere Werte an und setzten sich ab.

Dieser negativen Erfahrung stehen bislang keine positiven Beispiele entgegen. Deshalb dominiert die Überzeugung, dass, eher früher als später, Gemeinschaftseinrichtungen immer in die Hände von Plünderern geraten.

- Schaden durch Abhängigkeit von Subventionen

Alle Regionen am östlichen Rand der Ostsee, von den neuen deutschen Bundesländern bis nach Estland, wurden nach der politischen Wende im Osten marktwirtschaftlich und integrierten sich, bis auf das ebenfalls zu den östlichen Ostsee-Anrainern zählende Russland, in die EU.

Die EU-Neulinge kamen von Anfang an in den Genuss von staatlicher Förderung, zunächst von Seiten der EU-Institutionen, anfangs auch zusätzlich durch Programme einzelner EU-Mitgliedsländer.

Im Vorfeld der EU-Mitgliedschaft flossen zusätzliche Hilfen der EU. Allerdings liefen im Gleichschritt Direkthilfen der „alten“ EU-Länder aus.

Nur die neuen deutschen Bundesländer machten da eine Ausnahme, weil durch die Wiedervereinigung Deutschlands aus externer innerstaatliche Hilfe wurde.

In der wirtschaftlichen Krise, die gegen Ende des Prozesses der EU-Angliederung ausbrach, gab es weitere EU-Fördermittel.

Die meisten Förderfonds begünstigten diejenigen Länder, die die weitesten Fortschritte auf dem Weg in die Marktwirtschaft nachweisen konnten.

Dies war vor allem im kleinen Estland der Fall, das (nicht zuletzt durch das persönliche Engagement des Verfassers, allerdings losgelöst von seinem eigentlichen EU-Beraterauftrag - siehe hierzu die am Kopf dieser Aufzeichnung erwähnte Homepage der „Stiftung Livländische Gemeinnützige“) schon 1992 eine stabile moderne Währung erhielt, was einer umfassenden und zügigen Liquidierung der sowjetischen Hinterlassenschaft und der Privatisierung der Wirtschaft das Tor öffnete.

Estland mit seiner soliden Währung war den beiden anderen baltischen Staaten um Jahre voraus, was die Förderbereitschaft der EU besonders beflügelte und dem Land überproportionalen Zugang zu den Unterstützungsprogrammen verschaffte,

Die großzügige Förderung hat durchaus Schattenseiten. Leichter Zugang zu extrem günstigen externen Finanzierungen nimmt der Bereitschaft zur Selbsthilfe durch (ehrenamtliche) Eigenanstrengungen und zu gemeinnützigem Handeln überhaupt „den Wind aus den Segeln“.

Warum Opfer bringen, wenn EU-Gelder üppig fließen und jede Leistung geldlich entgolten wird?

Ein zusätzliches Hindernis für gemeinnützige Initiativen in den baltischen Ländern ist das System niedriger Pauschalsteuern (sprich: *flat rates*) für Einkommens- und Körperschaftssteuer, im Verbund mit der weit verbreiteten, zwar illegalen, aber – wegen fehlenden Fachpersonals beim Staat - bislang wenig behinderten Steuerhinterziehung.

In den „alten“ EU-Ländern ist die Situation nur scheinbar besser. Dorthin fließen EU-Fördergelder zwar weniger üppig, doch dort gäbe es bei ihnen ebenfalls kaum gemeinnützige Unternehmungen, wenn diese nicht durch Steuerprivilegien belohnt würden.

- Estland und Lettland – Brüder auf Abstand

Diese beiden Länder standen bislang im Fokus der Arbeit der „Stiftung Livländische Gemeinnützige“ und des Verfassers dieser Aufzeichnung. Dies hat seinen Niederschlag in den Veröffentlichungen (auf Deutsch und auf Englisch) der Stiftung unter den Web-Adressen www.livlaendische-gemeinnuetzige.org und www.livonian-common-weal.org gefunden.

Die intensive Beschäftigung mit diesen „neuen“ EU-Ländern hat gezeigt, dass grenzüberschreitende Gemeinsamkeiten bewusst gemacht werden müssen, um neue Akzente für kleine und mittlere Wirtschaftseinheiten (= Mittelstand, dem Rückgrat jeder

Volkswirtschaft) zu entwickeln, weil sie und ihre Heimatländer nur dann Chancen haben, wenn engstirnige Absonderung verlassen und europäisch gedacht wird.

Eine estnisch-lettische Gemeinschaft wäre immer noch klein, hätte aber dennoch ein höheres Gewicht als jedes dieser beiden Länder allein. Zudem würde das Zusammengehen ein Zeichen für die gesamte EU setzen, denn Derartiges führt leider immer noch ein Schattendasein, überall in der Union.

Bis zum endgültigen Sieg der Sowjetunion blieb in diesen Ländern, trotz der nationalen Neuordnung, Deutsch die wichtigste Sprache im internationalen Verkehr, aber auch für den Verkehr zwischen Esten und Letten.

Die Ereignisse des Zweiten Weltkrieges brachten es mit sich, dass Deutschland zur verpönten Feindsprache wurde. Jeder vermied fortan zuzugeben, dass er diese Sprache verstand. Sie starb so in beiden Ländern fast vollständig aus.

Mit dem Untergang der deutschen Sprache wurde auch der Zugang zum in den Archiven konservierten Schrifttum versperrt, das bis zum Ende des Ersten Weltkrieges fast nur auf Deutsch verfasst ist und in der Zwischenkriegszeit auf jeden Fall auch in einer deutschen Version, wenn es denn mehr als lokale Bedeutung hatte.

Mit der sprachlichen Einengung wurde zugleich das Wissen über das früher blühende Assoziationswesen der bürgerlichen Gesellschaft verdeckt.

Die Sowjetunion wurde nach ihrer ersten, recht kurzen Herrschaftsperiode zu Beginn des Zweiten Weltkrieges für vier Jahre von in diesem Zeitraum alles kraftvoll umgestaltenden deutschen Nationalsozialismus abgelöst.

Die Nationalsozialisten hatten kein Interesse an der Erhaltung einer Wirtschaftskultur, die bis zu ihrer Machtübernahme im Deutschen Reich derjenigen in den baltischen Ländern fast vollständig glich.

Der Grund war, dass sie die Strukturen, die im Reich seit 1933 schon erfolgreich auf die nationalsozialistischen Ziele ausgerichtet hatten, auch in den eroberten Gebieten im Osten an die Stelle des Hergebrachten setzen wollten.

Im Finanzwesen sollten die bereits im Sinne dieses Systems umgeformten Sparkassen künftig an der Spitze des neuen Bankwesens in all ihren Herrschaftsgebieten stehen, dem auch die genossenschaftlichen Finanzinstitute untergeordnet sein sollten.

Die dem Sparkassenwesen (spätestens nach dem Ende der Monarchie) nahe stehende „Bank der Ostpreußischen Landschaft“ (ehemals das Grundkreditinstitut der – meist adeligen - „Landstände“) war aussersehen, zur zentralen ländlichen Hypothekenbank in den eroberten Gebieten zu werden, selbstverständlich ebenfalls eingegliedert in das „neue“ (= nationalsozialistische) Sparkassenwesen.

Die Sowjetunion, die schließlich den Endsieg davontrug und sie an der östlichen Ostsee bis zur Wende in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts behielt, fand deshalb bereits ein fast vollständig von einheimischen bürgerlichen Elementen entkleidetes Feld vor.

Dennoch fürchtete die Sowjets weiterhin eine Rückkehr der Bürgerlichkeit. Sie vernichteten deshalb gründlich alle noch irgendwo vorhandenen Spuren des Vorher.

Ihre Vertreter gingen dabei so effektiv zu Werke, dass heute die Überzeugung herrscht, es habe eine bürgerliche Selbsthilfewirtschaft (sprich: Genossenschaften, kommunale wirtschaftliche Einrichtungen im Dienste der Bevölkerung) im Baltikum nie gegeben.

Allein schon diese nur die beiden nördlichsten der EU-Staaten an der östlichen Ostsee beleuchtende Skizze zeigt die Vielfalt der Entwicklungen und der Verkettungen, im Guten, wie im Bösen, des Baltikums mit Ost und West.

Dem ausländischen Besucher mag es kurios erscheinen, dass sowohl in Estland, als auch in Lettland die Überzeugung vorherrscht, die Bewohner des jeweiligen Nachbarlandes gehörten einer grundverschiedenen Kultur an, die man dort bestaunen könne.

Auf der Homepage der Stadt Valga wird als besondere Attraktion auf die Möglichkeit hingewiesen, dort auf engem Raum zwei völlig verschiedene Kulturen erleben zu können.

Der im Kapitel „Versuch einer Gesamtschau der EU-Region Östliche Ostsee“ erwähnte Zaun durch die Stadt ist zwar fort, doch der „gefühlte“ Graben zwischen Estland und Lettland ist noch immer in den Köpfen.

So leben zwei eng Verwandte wie Fremde nebeneinander, anstatt nach der wiedergewonnenen Freiheit zueinander zu finden, zumindest im bürgerlichen Assoziationswesen.

Bevor das dritte baltische Land, Litauen, näher ins Blickfeld gerückt wird, noch ergänzende Anmerkungen zu den verschiedenen Wegen, die die bürgerliche finanzielle Selbsthilfewirtschaft in Estland und Lettland nach der Auflösung von Livland nahm:

Versäumen Sie nicht, hierzu die Homepage der „Stiftung Livländische Gemeinnützige“, www.livlaendische-gemeinnuetzige.org, zu lesen, wo gerade hierzu bislang – selbst in Estland und Lettland – kaum bekannte Erkenntnisse publiziert wurden.

Die unterschiedlichen Lösungen für die Nutzung des bäuerlichen Landes nach den Agrarreformen Anfang der 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts werden nachfolgend fokussiert und die sich daraus ergebenden verschiedenartigen Strukturen im genossenschaftlichen Bankwesen.

In Estland wurde den zu Pächtern der großen Grundbesitzer gewordenen Bauern durch die Bodenreform die unbeschränkte und unentgeltliche Dauernutzung des von ihnen bewirtschafteten Landes zugesprochen. Sie wurden allerdings formal nicht Eigentümer.

Das Eigentum an Acker- und Forstland ging auf den Staat über. Ein Bauer konnte Grund und Boden gegen (moderate) Zahlung dem Staat abkaufen. Jedoch nahmen nur wenige Begüterte, diese Option wahr, etwa weil sie eine Hypothek bestellen wollten..

Dies alles lebt, im Prinzip, bis heute weiter, auch wenn die Bauern jetzt wie Eigentümer behandelt werden und auch so im Grundbuch verzeichnet sind.

Um die bäuerliche Armut abzupuffern, wurde dekretiert, dass staatliche Fördergelder über Genossenschaftsbanken zu leiten seien.

Daraufhin schossen in Estland ländliche Banken des Raiffeisen-Typs in großer Zahl aus dem Boden.

In Lettland, das seine Bodenreform ein Jahr später in Gang setzte, wurden die ehemaligen Landpächter sofort zu Eigentümern des von ihnen bewirtschafteten Landes, ohne Geldzahlung..

Dort blieb es aufgrund dieses Unterschiedes bei der Konzentration von Genossenschaftsbanken auf die Städte. Eine der estnischen entsprechende Regelung gab es nicht.

Die lettischen Bauern konnten damit kaum Hilfe von Genossenschaftsbanken erwarten. Der Staat musste schließlich in den 30er Jahren des letzten Jahrhunderts zu anderen Stützungsmaßnahmen (= Schuldenmoratorium) für überschuldete bäuerliche Betriebe greifen.

- Litauen

Dem Verfasser liegen bislang wegen seiner begrenzten (finanziellen und physischen) Möglichkeiten für Litauen weniger Erkenntnisse vor, als für Estland und Lettland.

Dennoch scheint das Wenige, das festgestellt wurde, erwähnenswert und von so großer Bedeutung, dass vorgeschlagen wird, bei künftigen Aktionen das in Bezug auf dieses Land Ermittelte zu berücksichtigen.

Bei der Vorbereitung seiner Publikation „Banken im Baltikum Gestern. Heute. Morgen“ (ISBN 3-7819-0590-X. 1997. Verlag Fritz Knapp GmbH, Frankfurt/M) hatte der Verfasser festgestellt, dass es bei Kriegsbeginn in diesem Land eine Vielzahl genossenschaftlicher Finanzeinrichtungen gab, unter denen insbesondere diejenigen der jüdischen Bürger besonders vorbildlich und moderner waren, als das, was etwa in Deutschland zu jener Zeit üblich war.

Während einer kurzen Forschungsreise Ende 2000 hatte der Verfasser Gelegenheit, auch mit Repräsentanten des nach der politischen Wende entstandenen litauischen Verbandes der genossenschaftlichen Kreditinstitute in Kaunas Kontakt aufzunehmen.

Der Verband war damals dabei, mit Hilfe ausländischer (= niederländisch-nordamerikanischer) Förderung „Savings and Loan Associations“ nach nordamerikanischem (= Kanada und USA) Vorbild zu entwickeln.

Das Kopieren der nordamerikanischen (aus den USA und Kanada importierten) Vorbilder führte in Litauen ebenso wenig zu leistungsfähigen Volks-Kreditinstituten, wie in anderen, ehemals sowjetischen Reformländern (Estland und Lettland durchaus eingeschlossen), wo flächendeckend (von nach Nordamerika Jahrzehnte zuvor, Ausgewanderte, den alten Heimatländern verbunden gebliebene Wohlhabende in den jeweiligen Landessprachen der Reformländer vorbereitete) Spezialgesetze für diesen Banktyp erlassen wurden..

Diese Einrichtungen sind geschlossene Vereine, d.h., sie können nur Gelder von ihren Mitgliedern, annehmen und auch nur an diese ausleihen. Sie sind vom allgemeinen Finanzmarkt abgekoppelt.

Ihre Zielgruppe sind, anders als in Nordamerika, Arme ohne Zugang zu Finanzierung am Finanzmarkt. Sie sollen ihre bescheidenen Ressourcen bündeln und solidarisch „aus eigener Kraft“ allmählich Kredit-Ersatzlösungen aufbauen. (Die Nähe zum „sozialen Palliativ“-Modell „Mikrokredit“ ist offensichtlich.)

Fehlschläge dieser Vereine treffen nur die Mitglieder. Auswirkungen auf die Allgemeinheit sind bei Problemen bei den Vereinen nicht zu befürchten. Folglich besteht so gut wie kaum Bedarf an ihrer staatlichen Beaufsichtigung.

Die Frage des Verfassers an seine Gesprächspartner bei dem Verband, warum man denn

nicht auf Bewährtes – vor allem auf das, was die jüdischen Genossenschaftsbanken bis zum Krieg vorbildlich aufgebaut hatten – zurückgreife, wurde geantwortet, man sei doch froh, diese Gruppierung endgültig los zu sein.

Der Kontakt war damit beendet, und er wurde nie wiederbelebt.

Die demonstrierte Ablehnung dieses Teiles des Erbes der Selbsthilfewirtschaft führt zu der Überlegung, dass es im Interesse der Fortentwicklung dieses Landes, seines Gedeihens in der EU, sowie des Erfolges der EU insgesamt angeraten wäre, anderen Ausgrenzungen von Volksgruppen innerhalb des Landes und auch in anderen Regionen an der östlichen Ostsee nachzugehen.

Für Litauen wird hierbei vor allem an seine Einwohner polnischer Abstammung gedacht.

Die Beziehung zwischen der litauisch-litauischen und der polnisch-litauischen Volksgruppe erscheint wesentlich anders zu sein, als diejenige gegenüber Deutschen und Deutsch-Litauern in diesem Lande.

Das sog. Memelgebiet Litauens kam nach den Ersten Weltkrieg unter die Herrschaft des neuen Litauen, wurde zu Beginn des Zweiten Weltkrieges wieder in das Deutsche Reich eingegliedert, um am Ende des Zweiten Weltkrieges der Litauischen Sowjetrepublik zugeschlagen zu werden.

Von bedeutenden Spannungen zwischen den Volksgruppen ist in diesem Zusammenhang kaum etwas bekannt. Dass mag daran liegen, dass in dieser Sub-Region die Nationen seit alters her vermischt waren. Es gab im angrenzenden Ostpreußen sowohl friedlich nebeneinander wohnende mit der Muttersprache Deutsch, als auch solche, deren Familiensprache Litauisch war.

Preußen wurde vor dem Ersten Weltkrieg sogar als Schutz gegenüber dem in seiner Spätzeit das Litauische unterdrückenden Zarenreich empfunden.

Als Litauen bald nach dem Ersten Weltkrieg das Memel-Gebiet annektierte, kam nur schwacher Protest, wohl weil die Lebensverhältnisse damals in Litauen besser waren, als in Deutschland. Selbstverständlich war die „Heimholung“ des Memel-Gebietes ins Deutsche Reich dennoch von Beifall der Anhänger der Nazis auf beiden Seiten begleitet.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges flohen nicht wenige Ostpreußen nicht nach Westen, sondern nach Osten, weil sie einerseits gewohnt waren, mit Litauern umzugehen, aber auch, weil es um Nahrung und Unterkunft dort besser bestellt war.

- Polen

Polen ist „das“ Scharnier für den vorgeschlagenen „Verbund östliche Ostsee“. Ohne die Mitwirkung Polens kann Gemeinsamkeit der Anrainer der östliche Ostsee zur Existenzsicherung des gesellschaftlichen Mittelstandes, mit anderen Worten, der „Normalbürger“ in den EU-Ländern an der östlichen Ostsee, nicht zustande kommen.

Die Einsicht für die Notwendigkeit, Polen in den Verbund einzubeziehen und ihm eine Schlüsselfunktion zuzusprechen, erwuchs erst, nachdem grundlegende Erkenntnisse zu den kleineren baltischen Staaten gewonnen waren.

Aus der Tatsache, dass all dies erst in jüngster Zeit reifte, erklärt sich, dass bislang noch keine greifbaren Ergebnisse für Polen selbst vorgewiesen werden können.

Verschiedentlich, aber bisher vergeblich, wurde im letzten Jahr versucht, mit einschlägigen Einrichtungen Polens, insbesondere Genossenschaftsverbände und Hochschulen, Kontakt

anzubahnen.

Schon die Kontaktsuche scheiterte an eigentlich banalen, zugleich aber fundamentalem technischen Hindernissen: Keine der angesteuerten Homepages polnischer Einrichtungen hat eine fremdsprachliche Version und der Verfasser beherrscht nicht die polnische Sprache, was ihn am Verstehen der Inhalte der Homepages hindert.

Mit Sicherheit ist davon auszugehen, dass es bei jeder der für ein zielorientiertes Gespräch infrage kommenden Einrichtungen mehr als eine Person gibt, die eine der westeuropäischen Sprachen beherrscht. Der Erstzugang ist aber wegen der Sprachbarriere leider noch versperrt.

Deshalb dient diese Aufzeichnung auch dem Zweck, in Polen Interesse für die Initiative zu wecken.

Angesichts der Geschichte des Landes vermutet der Verfasser, dass es in den Gegenden, in denen nach dem Krieg kein vollständiger Bevölkerungswechsel stattfand, als in den bis dahin zum Deutschen Reich gehörenden, besonders viele gemeinsame deutsch-polnische Gemeinsamkeiten zu entdecken sein müssten.

Eine die Zeitereignisse überdauernde Kontinuität ist (neben Oberschlesien) vor allem in der ehemals preußischen Provinz Posen zu vermuten.

Dass diese Vermutung nicht fehl geht, bezeugen einige erste Recherche-Ergebnisse, nämlich: „T. von Jackowski. Der Bauernbesitz in der Provinz Posen. 1913“ und „Marian Walter. Ökonomische Macht und genossenschaftliche Gegenmacht. Polnische Genossenschaften in der Provinz Posen vor dem 1. Weltkrieg. ISBN 978 365 676 297 3. GRIN Verlag. -.pdf. Kein Kopierschutz.“ - Beide Publikationen sind unschwer über das Internet abrufbar, wie der Verfasser selbst festgestellt hat.

Zwei Fragen drängen sich spontan im Nachgang zu diesen beiden Quellen auf:

- Wie ging es unter der polnischen Verwaltung mit dem ländlichen finanzwirtschaftlichen Selbsthilfewesen (zumindest bis zum Zweiten Weltkrieg) weiter?

- Wie verhielt es sich bis zum Ersten und danach (bis zum Zweiten Weltkrieg) mit dem gewerblichen finanzwirtschaftlichen Selbsthilfewesen (Schulze-Delitzsch-Genossenschaftsbanken; Kommunale Kreditinstitute) in dieser Region, unter deutscher und danach unter polnischer Oberhoheit?

Dass die angestrebte Mitarbeit polnischer Einrichtungen – vorzugsweise sollten dies zunächst akademische sein – besonders dann erfolgreich zu sein verspricht, wenn diese über etablierte deutsch-polnische Verbindungen verfügen, liegt auf der Hand. Deutsche Bundesländer im Osten als Brücke zu Polen, den baltischen Ländern und an diese angrenzende Länder jenseits der EU-Grenzen.

- Deutsche Bundesländer im Osten als Brücke zu Polen, den baltischen Ländern und an diese angrenzende Länder jenseits der EU-Grenzen

Die entscheidende Funktion Polens im Kooperationsverbund wäre ohne eine leistungsfähige Verbindung nach Westen, vor allem nach Deutschland und über dieses Land hin zu den anderen Ländern der „alten“ EU, wenig dynamisch..

Brandenburg, über die Oder ein mittelbarer Ostsee-Anrainer, verfügt über dynamische Arbeitsbeziehungen zum Nachbarland und zugleich über eingespielte Kommunikationslinien in alle deutschen Regionen. (Ähnlich verhält es sich mit dem östlichen Grenzland Mecklenburg-Vorpommern.)

Unter den akademischen Einrichtungen richtet sich der Blick zunächst vor allem auf die Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder.

Zu ihr (und evtl. auch zu ähnlich ausgerichteten Einrichtungen grenznahen Einrichtungen) wird eine dauerhafte, möglichst interdisziplinäre Verbindung angestrebt..

Vorschläge für Schwerpunkte in Forschung und Lehre:

„Freie Assoziationen der wirtschaftlichen Selbsthilfe - in den Anrainerländern der östlichen Ostsee“;

„Rechtlicher Rahmen für die bürgerliche Selbsthilfewirtschaft und Kooperation zwischen den Staatsorganen und den Vereinigungen der bürgerlichen Selbsthilfewirtschaft - in den Ländern an der östlichen Ostsee“;

„Vergleichende Geschichte der bürgerlichen Selbsthilfewirtschaft in den Ländern an der östlichen Ostsee, innerhalb der heutigen EU-Grenzen und über diese hinaus“.

Auf keinen Fall sollte im Verbund der Blick allein auf die Reformländer im Osten gerichtet sein. Ost-West- und Wechselwirkungen und damit Rückkopplungen in Richtung Westen müssen ebenfalls eine gewichtige Rolle spielen.

Der Wiederaufbau des im Osten im Zweiten Weltkrieg durch von Deutschland ausgehende Gewalt Zerstörten ermöglicht zugleich eine kritische Durchleuchtung auch der deutschen Teilhabe am Auslöchen der Assoziationen der bürgerlichen Selbsthilfewirtschaft in den Ländern an der östlichen Ostsee.

Wie schon im Kapitel „Gemeinsame Erfahrungen im 20. Jahrhundert“ angesprochen, waren die deutschen Einrichtungen der bürgerlichen Selbsthilfe, voran die Sparkassen und genossenschaftlichen Finanzinstitutionen, meistens entschlossen Mitwirkende im Nationalsozialismus..

Eine Analyse der jüngeren Geschichte der deutschen genossenschaftlichen und kommunalen Trägern der wirtschaftlichen Selbsthilfe fördert viele Abirrungen von ihren Kernaufgaben und ihren Grundmandaten ans Tageslicht, sowie darauf beruhende Fehlschläge (z.B. Zügellosigkeit der Führungskräfte und von ihnen bewirkte Misserfolge der zur Sparkassengruppe gehörenden Landesbanken).

Die Durchleuchtung würde aber auch zutage fördern, warum diese Einrichtungen sich trotzdem im Konkurrenzkampf behaupten konnten und warum sie in der letzten internationalen Finanzkrise nicht fortgespült wurden.

Was die genossenschaftlichen Finanzinstitutionen und auch solche auf kommunaler Ebene angeht, ist die sog. Verbandsprüfung zu betonen, ein höchst effektives System, wie es in Deutschland bei Genossenschaftsbanken und Sparkassen praktiziert wird, allerdings jeweils in besonderen gruppenspezifischen Formen.

Diese Selbstkontrolle ist der Anker für das Vertrauen der Öffentlichkeit (Mitglieder, Träger und Nutzer) in die Finanzinstitutionen beider Gruppierungen.

Sie beschränkt die Gestaltungsfreiheit, insbesondere die Möglichkeiten des Management, spekulative Risiken einzugehen. Dies ist gerade heute von höchster Bedeutung, weil die Steuerung der Institutionen von der Basis her schwach ist. (Kommentar: Wohl auch ein nationalsozialistisches Erbe, nämlich das des „Führerprinzips“, aber wohl auch der schwachen Position der juristischen Eigentümer geschuldet)

Die Kontrollen gehen tiefer, als es allgemeiner Wirtschaftsprüfung oder staatlicher Aufsicht je möglich sein kann. Nicht nur Beachtung von Regeln wird überprüft, sondern auch die Sinnhaftigkeit von Entscheidungen des Management und das moralische Verhalten seiner Repräsentanten.

Dies erleichtert die Arbeit der Staatsaufsicht. In der deutschen Praxis werden die Prüfungsberichte der Finanzwesen-Aufsicht zur Verfügung gestellt, die sich meist ohne weitere eigene Nachprüfung auf diese

verlassen kann.

Es mag erstaunen, dass keine der beiden Gruppen in die europäische Diskussion um die sog. Bankenunion ihre vorbildliche und einzigartige Selbstkontrolle einbringt.

(Der Autor vermutet, dass die Manager gern die allgemeine Bankenaufsicht an die Stelle der Verbandskontrolle setzen würden, denn sie ist schwächer und gäbe ihnen mehr Handlungsspielraum.)

Den in diesem Einschub dargestellten ähnliche Systeme entstanden auch in den baltischen Ländern schon während der Finanzkrise in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. An sie könnte unschwer angeknüpft werden.

Auf keinen Fall darf beim Wiederaufbau finanzwirtschaftlichen Selbsthilfe auf diese Modalität verzichtet werden. Das Argument, sie sei für einen Neustart zu aufwendig, vor allem aber zu teuer, überzeugt nicht.

Vertrauen muss unter den Zielgruppen völlig neu aufgebaut werden, wie bereits oben bezüglich der Umwandlung und anschließenden Ausplünderung der ex-sozialistischen Staatsbetriebe beschrieben.

Ohne Vertrauen bliebe der Marktzugang verschlossen. Schwächere als die hier angesprochene Kontrollen würden zum Misslingen jeglicher Wiederaufbauanstrengungen führen.

Einen Einblick in das bereits zutage Geförderte verschafft – wie an anderer Stelle schon angeregt – ein Blick auf die Homepage der „Stiftung Livländische Gemeinnützige“, www.livlaendische-gemeinnuetzige.org oder www.livonian-common-weal.org.

(Motto: Aus Fehlern kann gelernt werden und die Lehren sollten in das Wiederaufbauwerk im Osten eingebaut werden, anstatt sie zu kaschieren.)

Es erscheint weiterhin hervorhebenswert, dass das Adoptieren der westdeutschen Verfahren und Einrichtungen in den neuen Bundesländern im Verlauf der Wiedervereinigung nur mit Einschränkungen für die Länder weiter östlich an der Ostsee Vorbild sein kann, denn die deutsche Entwicklung nach der Wende ist ein Sonderfall.

Fazit: Die Mitarbeit am Wiederaufbauwerk in den Ländern an der östlichen Ostsee kann und sollte also dringend erforderliche Reformprozesse auch hierzulande inspirieren.

3. Überkommene bürgerliche Verhaltensweisen und Traditionen der Erzeugung hoher Qualität im Handel, beim Bereitstellen von Gütern und Dienstleistungen, sowie bei den Leistungen der Assoziationen der Zivilgesellschaft

Wie schon angesprochen, konnten die baltischen Länder in der Zwischenkriegszeit, in einer Periode voller wirtschaftlicher und politischer Probleme, bestehen, weil sie die überkommenen Strukturen fortentwickelten.

Dazu gehörte, in vorderster Linie, ausgezeichnete berufliche Bildung in guten Lehrbetrieben, verbunden mit Erziehung zu qualitativ hochwertigen Leistungen.

Lehrbetriebe und Theorie-Schulung wurden von den autonomen Einrichtungen des Mittelstandes gesteuert und beaufsichtigt, die ihrerseits mit Hochschulen und mit den zuständigen Staatsorganen zusammenwirkten.

Dies alles führte zu einer starker Position der kleinen baltischen Länder im internationalen Handel. Auch die Existenz kleinerer Betriebe und ihrer Mitarbeiter wurde gesichert.

Hohe Qualifikation der in Gewerbe und Landwirtschaft Tätigen, in Verbindung mit den sie

stützenden, ebenfalls selbstverwalteten Spezialeinrichtungen der wirtschaftlichen Selbsthilfe waren das Rückgrat der nationalen Gesellschaften im Baltikum.

Der Staat stellte, unter dem Einfluss der Assoziationen des produzierenden und Handel treibenden Bürgertums, den rechtlichen und institutionellen Rahmen zur Verfügung. Der Staat und die selbstverwalteten Systeme des wirtschaftenden Bürgertums arbeiteten partnerschaftlich-vertrauensvoll für das Gemeinwohl zusammen.

Ein Praxisbeispiel aus jener Zeit:

Estland war für die hohe Qualität seiner landwirtschaftlichen Produkte in Westeuropa, vor allem in Großbritannien, bekannt und beliebt.

Dies wurde durch strikte Qualitätskontrolle in der Hand von genossenschaftlichen Einrichtungen, etwa für Fleisch, Milchprodukte und Eier, bewirkt.

Die strikte Selbstkontrolle auf der Ebene der Erzeuger ermöglichte staatliche Qualitätssiegel, wesentlich für ihre Akzeptanz am Weltmarkt

Die höchsten Standards galten für Exportwaren, optimierten aber im Gleichschritt auch die Qualitäten am Binnenmarkt.

Die Anpassung von praxiserprobten, autochthonen Vorbildern an die heutigen Herausforderungen erscheint nach wie vor für eine leistungsfähige Selbsthilfewirtschaft in den Ländern an der östlichen Ostsee viel eher geeignet, vor allem aber erfolgssicherer, als die Übernahme exotischer Lösungen.

Die traditionellen Verhaltensweisen und ihre Strukturen starben im letzten Krieg vollständig aus. Nach wie vor reichlich vorhanden sind aber literarische Zeugnisse aus der Vorkriegszeit. Was in der Zwischenkriegszeit verfasst wurde, ist zudem in den heutigen offiziellen baltischen Sprachen verfügbar.

Dieser Kulturschatz harret allerdings ein Vierteljahrhundert nach der Wende immer noch der Hebung. Das Bewusstsein für seinem Gegenwartswert muss noch erweckt werden.

Immerhin, für einen Neubeginn in modernen Formen und mit zeitgemäßen Inhalten ist damit kein Start aus dem Nichts erforderlich, sondern er kann mit bis heute werthaltigen Vorbildern in Angriff genommen werden.

Der Wiederaufbau sollte von unten nach oben geschehen. Der Weg ist vielleicht etwas mühsamer, als das Einpflanzen von oben, mit Hilfe des Staates und – wie heute üblich – begleitet von Zuschüssen der EU-Gemeinschaftseinrichtungen, doch wäre er sicher und, vor allem, Dauererfolg versprechend.

Begonnen werden sollte mit Berufsausbildung, wobei das sogenannte duale System am besten geeignet erscheint, auch weil es in jener Gegend früher üblich war.

Dafür kann, was die theoretische Schulung angeht, an bereits (mit EU-Hilfe) etablierte Gewerbeschulen angeknüpft werden.

Für die Praxisausbildung fehlen aber die Lehrbetriebe. Solche sind im Osten nicht mehr vorhanden.

Die heute wirtschaftenden Gewerbler und Landwirte haben sich ihre Fähigkeiten meist als Arbeiter in modernen Betrieben, oft im westlichen Ausland, abgeschaut. Sie sind eher Angelernte, als systematisch und formal Ausgebildete.

Wenn die in den baltischen Ländern vorherrschenden Kleinbetriebe überhaupt Hilfskräfte haben, so beschäftigen sie diese meist nur aushilfsweise bei augenblicklichem dringendem Bedarf und kurzfristig, ohne Schutz der Beschäftigten. Arbeitnehmervertretungen existieren so gut wie nirgends.

Gegen den Erwerb von Wissen und Können durch die Mitarbeiter haben die Arbeitgeber nichts einzuwenden, doch ist Berufsqualifikation der Lohnabhängigen kein unternehmerisches Anliegen.

Um die den Ausbau der heimischen Wirtschaft und damit auch die nationale Wohlfahrt untergrabende Lücke „Lehrbetriebe“ zu schließen, bietet sich ein in den jungen Jahren des westlichen Nachkriegsdeutschland (seinerzeit unter Führung der Gewerkschaften) entstandenes Verfahren an, das bis heute, allerdings nur als Ergänzung zu Berufsschule und Lehrlingsausbildung am Arbeitsplatz, genutzt wird..

Es handelt sich um das Modul „Übungsfirmen“ (englisch: practice firms).

Die Auszubildenden nehmen dabei fiktive, allerdings eng an die Praxis angelehnte Transaktionen mit realen Partner-Übungsfirmen im Inland oder jenseits der nationalen EU-Grenzen vor.

Das Ganze wird von Tutoren gesteuert und ggf. ergänzt und korrigiert.

Der führende Träger des Systems ist EURO-PEN International (www.penworldwide.org; info@penworldwide.org; Karolingerstr. 93, D-45141 Essen; Tel.: +49.201870050385).

Ein wichtiger Partner der „Stiftung Livländische Gemeinnützige“ ist die von der „Stiftung Bildung und Handwerk“, Paderborn (der „Holding“ der Ausbildungseinrichtungen der deutschen regionalen Handwerkskammern), sowie der Nixdorf-Stiftung geförderte „Deutsche Technologieschule Pärnu“ (www.saksatk.ee) in der estnischen Stadt Pärnu, die seit Jahren mit EURO-PEN eine Übungsfirma betreibt; ihr Counterpart ist eine ähnlich orientierte österreichische Schulungseinrichtung.

Die „Stiftung Bildung und Handwerk“ ist zudem auch anderswo im östlichen Ostseeraum engagiert, nämlich mit zwei Einrichtungen in Polen, im Stettiner Raum. Dies sind „Szeczin International School – SIS“ und „InBIT Polen“. Ob diese ebenfalls Teilnehmer am Übungsfirmen-Ring sind, konnte noch nicht ermittelt werden.

Der Verfasser schlug im Spätherbst 2014 der „Stiftung Bildung und Handwerk“ ein Vorhaben im hier dargelegten Sinne vor, das bei ihr intensiv diskutiert, aber schließlich doch abgelehnt wurde. Der Grund lag nicht etwa darin, dass das Konzept nicht überzeugte, sondern beruhte auf einer gerade angelaufenen fundamentalen Umstrukturierung wegen der überhand nehmenden Auslands-Engagements der Stiftung.

Die Handwerkskammern sahen sich mit dem Ansinnen der Stiftung, zusätzlich zu ihren regulären Aufgaben Ausländer zu schulen, überfordert.

Die Stiftung hat in der Tat seitdem ihr internationales Engagement radikal „eingedampft“, was aus ihren neueren Internetauftritten – z.B. <https://stiftung-bildung-handwerk.de>) ersichtlich ist.)

Um ein geordnetes, von den Staatsorganen, sowie von autonomen Einrichtungen von Gewerbe und Landwirtschaft gesteuertes, betreutes und kontrolliertes Schulungssystem aufbauen zu können, müsste das bis jetzt nur die betriebliche und schulische Berufsbildung begleitende Modul „Übungsfirma“ zu einem vollwertigen Ersatz der Lehrlingsausbildung in einem Meisterbetrieb ausgebaut werden.

Das Surrogat sollte so lange wirken, bis wieder eine ordentliche Lehrlingsausbildung in einem (von der zuständigen Landesvertretung überprüften und daraufhin staatlich zugelassenen) Meisterbetrieb erreicht ist, wie sie zum letzten Krieg üblich war.

Ergänzend ist zu erwähnen, dass unter der Führung der „Deutsch-Baltischen Handelskammer“ und in Kooperation mit dem deutschen „Bundesinstitut für Berufsbildung – bibb“, in Lettland duale Berufsausbildung installiert wurde. Sie stützt sich auf in Deutschland und in Lettland ansässige, mit Deutschland eng verbundene Betriebe – alle Kammermitglieder -, deren Ziel die Ausbildung von – unselbständigen -, allein den Interessen der beteiligten Unternehmen dienenden Facharbeitern ist. Selbständige Gewerbetreibende oder gar Landwirte gehören nicht zu den Zielgruppen dieses Systems. Das Modul „Übungsfirmen“ wird nicht angewandt.

Dieses Berufsbildungswerk sollte sich nicht auf die Qualifizierung Selbständiger in Gewerbe, Landwirtschaft und sog. Freien Berufen beschränken, sondern – wenigstens perspektivisch, Künftiges ins Auge fassend – auch die Aus- und Fortbildung von Bediensteten bei Selbsthilfeeinrichtungen des Mittelstandes (sprich: Genossenschaften, kommunale Einrichtungen) mit umfassen.

Die bei diesen Hilfseinrichtungen Tätigen müssen nicht nur ebenso gut qualifiziert sein, wie diejenigen bei konkurrierenden rein kommerziellen Unternehmungen. Sie müssen, um gegenüber der in- und ausländischen Konkurrenz zu bestehen und um darüber hinaus in der Lage zu sein, ihre Zielgruppen wirksam zu unterstützen, sogar besser sein als die Etablierten..

Neben der Vermittlung von reinem Fachwissen ist auf die Unterrichtung in den Grundlagen, sowie den Zielen des Selbsthilfewesens Wert zu legen. Dass dies erreichbar ist, lehrt, auch in diesem Falle, die Vorkriegsgeschichte der Länder an der östlichen Ostsee.

4. Angestrebte Arbeitsweise der Partner der „Stiftung Livländische Gemeinnützig“

- Kooperation mit akademischen Einrichtungen

Die bisherigen Ausführungen führen zu dem Schluss, dass die Angelegenheit so komplex und so anspruchsvoll ist, sowie konzeptionell so herausfordernd, dass sie ohne begleitende und ergänzende Unterstützung durch Wissenschaft und Forschung nicht bewältigt werden kann.

Reine Basisarbeit ohne diese Flankensicherung würde kaum Erfolg haben.

Deshalb wird um die Kooperation von Forschung und Lehre, von Archiven, Bibliotheken und Museen geworben, vor allem von solchen in den Ländern an der östlichen Ostsee und aus Ländern mit Bezug zu dieser Region.

- Problematische Solidarität „natürlicher“ Partner

Die grundsätzliche Frage drängt sich auf, warum nicht Verbindung zu den eigentlich fachlich und gesellschaftlich Berufenen, dem „Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband - DGRV“ und dem „Deutschen Sparkassen- und Giroverband – DSGV“, sowie dessen „Sparkassenstiftung für internationale Kooperation“ gesucht wird.

In der Tat, es wurde schon früh zu beiden Verbänden Kontakt aufgenommen. Der Verfasser hatte, vor allem aufgrund seiner langzeitigen Entwicklungshilfe-Arbeit in und für Lateinamerika, gute berufliche Verbindungen zu ihnen.

Er war anfangs bei ihnen durchaus willkommen, weil er sie bei Schwierigkeiten in der Auslandsarbeit mehrfach effektiv unterstützte und weil er ihnen staatliche Finanzquellen erschlossen hatte.

Die genossenschaftliche Spitzeneinrichtung war in den ersten Jahren nach der Wende im Osten auch in den heute zur EU gehörenden Ostseeländern engagiert, u.a. in Estland. Sie erhielt dafür Fördermittel aus dem deutschen Staatshaushalt.

Einrichtungen der wirtschaftlichen Selbsthilfe werden von der heute einzig verbliebenen Fördereinrichtung für EU-Mitglieder, der EU-Kommission, als kommerzielle Unternehmen eingestuft und sind damit von ihren Beihilfeprogrammen ausgeschlossen.

Als der Verfasser beim DGRV nachfragte, warum man fortan nicht „auf eigene Rechnung“ auf dem mit Staatsförderung Begonnenen aufbaue, erhielt er die Antwort, es sei den Mitgliedern des Verbandes nicht zuzumuten, mittelständischer Konkurrenz aus dem Osten den Weg zum Erfolg zu ebneten.

Bei der Sparkassengruppe fand ein ähnlicher Appell ebenfalls Ablehnung, allerdings mit anderer Begründung.

Die Sparkassen sind weltweit über ihre soeben genannte Stiftung weltweit in der Entwicklungshilfe im kommunalen Finanzwesen engagiert, auch in den Reformländern im Osten, allerdings nirgendwo in den heutigen EU-Ländern.

Die Sparkassengruppe war nach der politisch-wirtschaftlichen Öffnung in den baltischen Ländern präsent, jedoch nicht direkt, sondern nur über die ihr angehörenden Landesbanken. Diese operierten, obgleich als öffentliche Einrichtungen dem Gemeinnutz (zumindest in der EU) verpflichtet, keineswegs uneigennützig-fördernd, sondern ausnahmslos aggressiv-kommerziell, wie allgemeine Geschäftsbanken – bis zu ihrem Rückzug wegen geschäftlicher Misserfolge.

Die „Sparkassenstiftung für internationale Kooperation“ beantwortete die Anfrage so:

„Erst nachdem wir von der Last der Landesbanken befreit sind, können wir ein Engagement für den Wiederaufbau des Sparkassenwesens im Baltikum erörtern“.

Die vom Verfasser gemachten Erfahrungen führen zu folgendem Diskussionsansatz:

Wäre es nicht nach mehr als ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des letzten Krieges an der Zeit, auch die dunklen Seiten der Geschichte beider Gruppierungen aufzuarbeiten, nicht zuletzt ihre, mittelbare oder sogar aktive, Mitwirkung am nationalsozialistischen Zerstörungswerk in den Regionen an der östlichen Ostsee?

Das Endziel sollte solidarische Mitwirkung am Wiederaufbauwerk sein.

Die Ausrede, für die Taten der seinerzeit Handelnden müssten die heutigen Verantwortungsträger nicht einstehen, verfängt nicht. Die Verbände sind juristische Personen, sie leben fort und damit auch die kontinuierliche, nicht unbedingt materielle, wohl aber die moralische Verantwortung für das Handeln früherer Repräsentanten.

- Wiederentdeckung des vor allem durch die Ereignisse des 20. Jahrhunderts mehrfach gebrochenen historischen Erbes der Wirtschaftskultur in den Ostseeländern und seine Nutzung für die Gestaltung der Zukunft

Die „Stiftung Livländische Gemeinnützige“ beschränkte sich wegen der dargelegten Engpässe bislang auf das Auffinden und Auswerten von Dokumentationen – dem Gedächtnis dieser Länder - aus dem späten 19. und aus dem 20. Jahrhundert (bis zum Zweiten Weltkrieg), im Wesentlichen mit regionaler Beschränkung auf Estland und Lettland.

Sehr vieles aus diesem Schrifttum ist auf Deutsch verfasst, bis zum Ende des Ersten Weltkrieges fast ausschließlich in dieser Sprache. (Ausnahme: Offizielles aus dieser Zeit verfügt selbstverständlich über eine Version in der Amtssprache Russisch).

Dokumente aus der Zwischenkriegszeit sind nicht nur in den neuen offiziellen Sprachen abgefasst; regelmäßig sind sie von einer deutschsprachigen Übersetzung begleitet, wenn sie mehr als rein regionale Bedeutung haben; zumindest gibt es Kapitelüberschriften in Deutsch, Englisch oder Französisch.

Die einschlägige Vorkriegsliteratur erschließt sich damit jedem einigermaßen gebildeten Westeuropäer ohne große Hindernisse.

Diese Zugangsmöglichkeit gilt aber keineswegs in gleichem Maße für die Balten, die als der älteren Generation Angehörige meist neben der Muttersprache nur Russisch beherrschen und die als Jüngere neben der eigenen Sprache allenfalls Englisch verstehen.

Wer Literatur aus baltischen Archiven erschließen möchte, sollte Vorerfahrung in wissenschaftlicher Recherche haben. Er wird bemerken, dass die Bestände wohl verwahrt und zugänglich sind. Doch er wird auch feststellen, dass Hilfsmittel, wie etwa eine nach dem ihm geläufigen Thesaurus-System geordnete Stichwortkartei, fehlt.

Wenn es überhaupt Karteien gibt, sind sie immer noch nach Begriffen aus der Sowjetzeit geordnet, die seine Recherchefragen nicht beantworten. Wissenschaftlicher Spürsinn hilft weiter.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der kleinen Länder an der östlichen Ostsee untereinander und mit den größeren in diesem Raum könnte Initiativen in Gang setzen, die auf die unentbehrliche Rolle von Gesetzgebung und Verwaltung beim Schaffen des rechtlichen und institutionellen Ordnungsrahmens und für autonome Bürgereinrichtungen der Selbsthilfewirtschaft abzielen.

Die unentbehrliche, aber dennoch die autonomen Organe der bürgerlichen Assoziationen respektierende staatliche Lenkung und Aufsicht, sowie eine zugleich dem Staat und den Bürgern zugute kommende Arbeitsteilung zwischen den zuständigen Staatsorganen und den Bürgereinrichtungen könnte auf diese Weise in die Wege geleitet werden.

Die Frage drängt sich aber auf, wer einmal das von der „Stiftung Livländische Gemeinnützige“ Begonnene bewahren und fortsetzen kann und will – natürlich unterstellt, es wird als sinnvoll und unterstützenswert eingestuft.

Gelingt nämlich das rechtzeitige Einleiten einer Sukzession nicht, wird alles rasch vergessen sein – oder vielleicht erst wiederentdeckt werden, wenn es zu spät ist.

5. Verbindung der „Stiftung Livländische Gemeinnützige“ mit einer oder mehreren akademischen Institutionen, Archiven, Bibliotheken oder Museen

- Präferenz

Der Verfasser ist jetzt 81 Jahre alt. Er ist zwar – nach seiner Selbsteinschätzung - geistig und körperlich noch in guter Verfassung. Doch das könnte sich bald ändern.

Er denkt deshalb an einen zeitnahen Aufbau einer Nachfolge, mit allem, was zu ihr gehört. Bislang gibt es aber noch keinen Kandidaten.

Für eine Sukzessionspartnerschaft besonders geeignet erscheint, wegen ihres Wirkens über die deutsch-polnische Grenze hinaus, die Europa-Universität Viadrina, Frankfurt/Oder.

Diese Verbindung sollte nach Möglichkeit unmittelbar sein. Ersatzweise wäre die Vermittlung an eine mit dieser Universität zusammenarbeitende andere deutsche, polnische oder deutsch-polnische Hochschule ein gangbarer Weg.

Jedoch sollte in letzterem Fall der Wunsch nach Zusammenarbeit nicht einfach kommentarlos weitergereicht werden. Die Universität sollte eine alternative Kooperation (empfehlend, begleitend oder auf eine andere zielführende Weise) aktiv unterstützen.

Dieser Vorschlag knüpft an eine Podiumsdiskussion (unter der Ägide von Frau Prof. Dr. Gesine Schwan) der Friedrich-Ebert-Stiftung, Potsdam, am 15.11.2016 unter dem Motto „Europa, und wie weiter...?“ an

- Einbringen des Stiftungsvermögens

Das Vermögen der vom Verfasser errichteten „Stiftung Livländische Gemeinnützige“, bislang eine Dotation des Stifters (von €100.000 in bar), ist sicher angelegt und könnte, neben den erarbeiteten immateriellen Werten eingebracht werden.

Der Verfasser hat die Stiftung testamentarisch zu seinem Alleinerben eingesetzt. Ansprüche Dritter an seinem Nachlass gibt es nicht. Es ist zwar noch nicht absehbar, welchen Wert der Nachlass haben wird, doch ist ein Mehrfaches der bisherigen Dotation in Immobilien- und Geldwerten zu erwarten.

- Referenzen der Stiftung

Die zentrale Referenz ist die „Livländische Gemeinnützige und Ökonomische Sozietät“, eine 1792 in Riga im Geist der Aufklärung gegründete gemeinnützige-wissenschaftliche Einrichtung für Livland und die mit diesem Land eng verbundenen baltischen Regionen Alt-Estland, die Wieck, die Insel Ösel (heute: Saaremaa) und Kurland.

Die Sozietät wurde am Anfang des 19. Jahrhunderts in Livlands Universitätsstadt Dorpat (= Tartu, in der späten Zarenzeit auch Jurjew genannt) verlegt.

Von dort wirkte sie bis 1940 (= Untergang infolge der Herrschaftsverchiebung im Gefolge des Hitler-Stalin-Paktes).

Die Dokumente aus den 150 Jahren ihrer Arbeit sind greifbar (vor allem: Estnisches Historisches Archiv / Eesti Ajalooarhiiv, Tartu und Herder-Archiv, Marburg).

Die „Stiftung Livländische Gemeinnützige“ erinnert mit ihrer Namensgebung an diese hervorragende Einrichtung.

Wie schon im Kapitel „Professionalität und Qualität in europäischer Tradition“ angesprochen, kooperiert die Stiftung mit der „Deutschen Technologieschule Pärnu“, die inzwischen ins estnische Berufsbildungssystem eingebunden und mit der Universität Tartu eng (= Hochschul-Diplome) vernetzt ist.

Ein beabsichtigter Verbund mit einer Gruppierung regionaler Entwicklungs-Initiativen in der Pärnu benachbarten Stadt Paide (= Weissenstein, s. Kreiskarte Weissenstein aus dem über die Homepage der „Stiftung Livländische Gemeinnützige“ einzusehenden „Mellin-Atlas“) liegt derzeit „auf Eis“, weil ihre Schlüsselperson aus wirtschaftlichen Notwendigkeiten die ehrenamtliche Mitarbeit b.a.w. einstellen musste und weil es keinen Nachfolger gab. Es ist beabsichtigt, den die Arbeit und den Verbund zu reaktivieren, sobald dies die Umstände zulassen.

6. Berufsbild des Verfassers

Der Verfasser ist promovierter Jurist (Universität Köln mit einer Arbeit über Chile, gefördert durch ein Stipendium des DAAD für Studienaufenthalte in Chile, anderen lateinamerikanischen Ländern und den USA) mit 1. juristischem Staatsexamen.

Da er vor dem Studium sechs Jahre bei einer Geschäftsbank (Bank für Gemeinwirtschaft, als diese noch eine Gewerkschaftsbank war, also eine wirtschaftliche Selbsthilfeeinrichtung der Arbeiterschaft in kollektivistischer Tradition) gearbeitet hatte, entschied er sich für den Höheren Bankdienst bei der Deutschen Bundesbank.

Er schloss die Ausbildung bei der Bundesbank mit dem Bankassessor-Examen ab, ließ sich aber gleich danach für dreieinhalb Jahre für eine Aufgabe in der Entwicklungshilfe in Kolumbien (Genossenschaftsberater, im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung) beurlauben.

Unmittelbar nach seiner Rückkehr aus diesem Einsatz ließ er sich zum Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) versetzen, dem er bis zu seiner Pensionierung (2001) angehörte.

Die Tätigkeit in der Bonner Zentrale des Ministeriums wurde mehrfach von

Auslandseinsätzen unterbrochen (nacheinander: Entwicklungshilfereferent an der Deutschen Botschaft, Lima, 3 Jahre; ein zweiter Einsatz, ebenfalls 3 Jahre), diesmal im Auftrag der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit - GTZ, in Kolumbien als Berater einer großen ländlichen Kreditgenossenschaft; eine einjährige Tätigkeit als sog. Nationaler Experte im EU-Programm PHARE, dem Vorläufer für die Vorbereitung der EU-Mitgliedschaft mittel- und osteuropäischer Reformländer, woraus sich ein Einsatz, anderthalb Jahre, als EU-Berater für die wiedererrichtete Zentralbank von Estland ergab und schließlich, kurz vor seiner Pensionierung, ein Einsatz, 3 Jahre, als Entwicklungshilfereferent an der Deutschen Botschaft in Dhaka..)

Der Autor ist wirtschaftlich unabhängig, kennt die im Memorandum angesprochenen Systeme recht genau, ohne aber partikularen Interessen verpflichtet zu sein. Er dient allein dem Gemeinwohl.

Bezüglich der Tätigkeit in Estland und im Hinblick auf die damit begonnene intensive Hinwendung zum Baltikum wird auf die diesbezügliche Darstellung auf die schon mehrfach angesprochene Homepage www.livlaendische-gemeinnuetzige.org hingewiesen.

Der Verfasser hat an Kreuzwegen der neueren Geschichte (= Zusammenarbeit mit der sog. Dritten Welt in der Zeit des Kalten Krieges und Wende nach dem Bruch zwischen Ost und West) bleibendem Fortschritt den Weg bereiten können, was niemals einfach oder gar von Anfang an erfolgssicher war.